



# Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatl. drei Hörer 2.50 M. (halbmonatl. 1.25 M.) durch die Post bezogen monatl. 2.20 M. (ohne Zustellungsgebühre) / Verlag: Dresdner Verlagsgeellschaft m. b. H. Dresden-2. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Herausgeber: 17259 / Postleitziffer: Dresden Nr. 18600, Dresdner Verlagsgeellschaft / Schriftleitung: Dresden-2. Güterbahnhofstr. 2 / Betriebsamt: Amt Dresden Nr. 17259 / Druckstättigkeit: Arbeiterstimme Dresden / Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonntags 13-14 Uhr

Einzelnepreis: Die neuromal geprägte Nonpareille-Zeile oder deren Raum 0.35 M. für Familienanzeigen 0.20 M. für die Reformzeile entsprechend an den dreifachen Teil einer Tafel 1.50 M. Abzüglich Abnahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2. Güterbahnhofstr. 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bevölkerung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 27. November 1928

Nummer 276

# Koalition mit Stahlhelm

## Auf dem Marsch zur legalen Diktatur

Berlin, 27. Nov. (Eigene Drahtmeldung.)  
Koalition mit der SPD gegen den Kommunismus, das war der Grundgedanke der Rede Stresemanns, die auf der Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei am Sonnabend gehalten wurde. Aus dieser programmativen Erklärung könnten einige folgern, daß die Kapitalistklasse den Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterschaft einzig mit Hilfe der Reformisten führen wolle. Wie falsch eine solche Beurteilung der nächsten Pläne der Bourgeoisie wäre, geht gerade aus der Rede Stresemanns hervor, der sich mit aller Energie gegen einen Bruch der Deutschen Volkspartei mit dem Stahlhelm wendet. Die Rede Stresemanns ist eine hervorragende Befürchtung der wichtigen Feststellung des 6. Weltkongresses, daß die Bourgeoisie sowohl mit Hilfe des Reformismus als auch mit Hilfe des Faschismus ihre Herrschaft aufrechterhalten und die Arbeiterschaft niederschlagen wird. Stresemann koalierte mit Predigtreden, daß die Ansicht des Stahlhelms über die Stärke der Siedlung des Reichspräsidenten und die Anhänger der Deutschen Volkspartei vollkommen übereinstimmen. „Man wird aus dem Amt des Reichspräsidenten stets das machen können, was die Persönlichkeit des Reichspräsidenten aus dieser Stellung selbst mögt“ — Mit dieser vlesdichten, fauläufartigen Formulierung, die aber eigentlich sehr eindeutig ist, lädt Stresemann die Männer der Trustbourgeoisie an: Störung der außerparlamentarischen Diktatur der Bourgeoisie, weitere Durchsetzung der bürgerlichen Demokratie mit den Methoden und Mitteln der außerparlamentarischen, halbfaschistischen Diktatur.

Die Deutsche Volkspartei hat sich auch dementprechend entschlossen, den Bruch mit dem Stahlhelm nicht zu vollziehen. Stresemann sagt, man müsse vielmehr den gesamten Einfluß der Deutschen Volkspartei geltend machen, „um den Stahlhelm auf diejenige überparteiliche Stellung zurückzuführen, in der allein seine Berechnung liegen kann“. Wenn also der Stahlhelm auf eine Konfrontation gegenüber der großbürgerlichen Trustpartei verzichtet und sich auf seine speziellen Aufgaben als faschistische Wehrorganisation beschränkt, wenn er als Reserve der Bourgeoisie für den imperialistischen Krieg und für den Bürgerkrieg ohne weitere Regierungskombinationen sich betätigen will, dann hat die Volkspartei nichts gegen, sondern im Gegenteil alles für die Entwicklung des Stahlhelms übrig.

Der Stahlhelmvertretermann der Bosso-  
partei, der Major a. D. von Gilsa, hat die Wiederannahme  
der Partei an den Stahlhelm als ein bedeutsames Ergebnis der Verhandlungen begrüßt. Verhandlungen, und zwar erfolgversprechende Verhandlungen mit dem Stahlhelm zwecks Wiedereintritt der ausgetretenen Mitglieder der Deutschen Volkspartei, sind im Gange. Freude und Freundschaft zwischen Volkspartei und Stahlhelm, das ist die gegenwärtige Lage.

Die neue Befestigung des Bündnisses zwischen Deutscher Volkspartei und Stahlhelm hängt ausschließlich mit der Verstärkung der Klassengegenseite, mit der Entwicklung der großen Wirtschaftskämpfe zusammen. Neben den Reichsbannerjägern hält es die Großbourgeoisie für nötig, die Stahlhelmbanden wieder in Vereinschaft zu halten.

Die linke Hand der Bourgeoisie ist der Reformismus, die rechte Hand der Faschismus. Die Tagung der Deutschen Volkspartei hat diese Feststellung der Kommunistischen Internationale wieder bestätigt. Die klare Erkenntnis dieses Sachverhaltes und der aus ihm folgenden drohenden Gefahren für das Proletariat ist von größter Wichtigkeit. Weden die Beziehungen zwischen der Bourgeoisie und den Faschisten in Deutschland unterschlägt, wie dies von Seiten des Genossen der Verfassungsgruppe geschehen ist, so folgt daraus eine unrichtige Einschätzung der Orientierung der Bourgeoisie. Nur bei einer klaren Erkenntnis wird es möglich sein, die richtige Taktik im revolutionären Klassenkampf gegen die Trustbourgeoisie und ihre Helfershelfer durchzuführen.

## Bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront in Baden

Sozialdemokraten wählen Zentrumspassen!

Der wieder zusammengetretene Landtag in Baden löste ohne jede Debatte den Posten des Staatspräsidenten für das Jahr 1929 neu. Der Sozialdemokrat Remmert mußte ausscheiden, an seine Stelle trat der bisherige Finanzminister, der Zentrumsmann Dr. Franz Schmitt. Mit 49 gegen 21 Stimmen wählten die Sozialdemokraten mit den Bürgerlichen gemeinsam den Zentrumsmann Schmitt. Der Kurs, den Schmitt gehen will, hat er selbst gekennzeichnet mit den Worten: „Der Krieger muß enger geschult werden.“

Die bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront bei der Wahl des Staatspräsidenten war nicht der einzige Befrei. Vorher wurde das Präsidium des Landtags und die einzelnen Ausschüsse gewählt. Der Landtag bestätigte noch einmal den Hinauswurf der Kommunisten aus allen Ausschüssen. Der Sozialdemokrat Maier billigte das ganz ausdrücklich, „weil sich der neue Zustand ganz gut bewährt habe“.

## Neue Verhandlungen

### Fortsetzung des Schachers im Ruhrkampf

Düsseldorf, 27. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Einigungsberatungen beim Regierungspräsidenten Bergemann zwischen den Vertretern der Unternehmer und der Gewerkschaften werden heute wieder aufgenommen. Gestern hat Bergemann die Parteien getrennt empfangen, und es ergab sich, daß an beiden Seiten „der Wunsch besteht, in einer weiteren Aussprache einzutreten, um die Möglichkeit zur Wiederaufnahme der Arbeit zu finden“. Heute wird zunächst wieder die kleine Kommission gebildet, die aus den Vertretern der beiden Seiten besteht. Regierungspräsident Bergemann wird auf seinen späteren Vorschlag zurückgreifen. Die Enthüllung des Reichsgerichts dürfte nicht vor Mitte Dezember zu erwarten sein.

Über den bisherigen Verlauf der neuen Verhandlungen liegt der letzte Abend-Berichts, „daß zur Stunde noch nichts Näheres zu erfahren sei. Von gewerkschaftlicher Seite wurde mitgeteilt, daß die Metallarbeiterverbände keinen Abkommen einstimmen könnten, das der Annahme des verbindlich erklärten Schiedsvertrages gleichkommt“. Diese Stellungnahme läßt die Arbeit erstehen, das von der Gewerkschaftsführung erzielte Kompromiß auf einer Basis abzuheben und die Mitglieder anzumelden, die Betriebe unverzüglich zu öffnen. Indem wir alle bereits entstandenen Schadenslage anprächen aufzuhalten, machen wir ihn auch für alle weiteren Schäden verantwortlich, die sich aus der Nichtbefolgung dieses Auflösungsbeschreibens ergeben.“

Wir nehmen Bezug auf das am 24. November verkündete Urteil des Landesarbeitsgerichts Düsseldorf. Wie fordern nunmehr unter Bezugnahme auf unser Schreiben vom 8. November 1928 den Arbeitgeberverband für den Bezirk der Nordwestgruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller auf, die vorgenannte Aussprache aufzuhoben und die Mitglieder anzumelden, die Betriebe unverzüglich zu öffnen. Indem wir alle bereits entstandenen Schadenslage anprächen aufzuhalten, machen wir ihn auch für alle weiteren Schäden verantwortlich, die sich aus der Nichtbefolgung dieses Auflösungsbeschreibens ergeben.“

Das obige Schreiben beweist, daß die Gewerkschaftsführung ihr altes Projekt von der „Rechtsfrage“ fortführt. Man versucht der Arbeiterschaft einzureden, daß würden sich die Unternehmer um das Urteil des Landesarbeitsgerichtes, das vorerst gegen sie ausgefallen ist, lehnen. Die Unternehmer aber denken nicht daran. Ihre Presse hat es unverblümmt ausgesprochen, daß man sich den Teufel um denartige Urteile kümmern werde, sondern für die Unternehmer nur die wirtschaftliche Machfrage entscheidet. Ein gleiches Manöver wie das obige, das vornehmlich zur Beruhigung der Arbeiter dienen soll, hat jetzt den Zentrumsparität unternommen. Auf einer Konferenz der Ber-

trauensleute des christlichen Metallarbeiterverbandes am Sonntag in Duisburg ließen die jehuflischen Zentrumsführer eine Resolution annehmen, die fordert, „daß nun mehr die Betriebe so schnell als möglich wieder in Gang gebracht werden müssen. Bei Weigerung der Unternehmer sollen sie durch ein Roggenkorn dazu gezwungen werden. Daselbe soll in den nächsten Tagen im Reichstag von der Zentrumsfaktion eingebracht und vertreten werden.“

Ahnlich nimmt auch gestern die Dresdner Volkszeitung Stellung. Auch sie fordert: „Es muß verhindert werden, daß die Aussprachen im Kampfgebiet sich räumlich immer weiter ausdehnen. Wenn nach der Duisburger Entscheidung die Unternehmer noch immer nicht zur Vernunft gekommen sind, dann sollten endlich Regierung und Parlament die letzten Schritte tun und durch Gelehrte den Kampf beenden — und let es durch Verteilung der stillgelegten Werke!“

Auf diesen, zur Täuschung der Arbeiter berechneten Schwund wird natürlich kein Arbeitsergebnis fallen. Sie werden erkennen, daß die Koalitionsregierung Fleisch vom Fleisch der Schrotmacherischen Eisenindustriellen ist. Die Hermann-Müller-Regierung wird die Hüttenarbeiter nicht entgegnen, sie wird nicht die geringsten Maßnahmen gegen sie erstreben. Darüber vermag auch das radikale Guthe der linkssozialdemokratischen Presse nicht hinwegzutäuschen. Die Arbeiter wissen: Enteignungen kann und wird nicht eine Koalitionsregierung fordern, sondern es kann erst entstehen, wenn das Proletariat die politische Macht erober hat. Um dieses Ziel zu erreichen, ist notwendig, der ununterbrochene, unverblümte Kampf der Arbeiterschaft gegen das Kapital, die Steigerung der proletarischen Kräfte im Klosterkampf. Um aber das große Ziel des Sieges des kapitalistischen Systems zu erreichen, müssen alle Kräfte eingesetzt werden, um die gegenwärtige Unternehmeroffensive zurückzuschlagen, um wieder zu einem Normalzustand der Arbeit, zur proletarischen Gegenoffensive zu kommen.

Was aber tun jetzt die Gewerkschaftsführer? Sie tun alles, um die Kampfraft der Arbeiter zu hemmen, ihnen entschlossenen Kampftwillen nicht zur Entfaltung kommen zu lassen. Obwohl sie sich vollkommen im Staren darüber sind, daß die Entscheidung der 2. Instanz keineswegs eine Stärkung ihrer Positionen bedeutet, weil das Urteil trotz des formellen Entscheides eine Entscheidung gegen sie ist, glauben sie jetzt den Kampf abrosseln zu können, um dann noch von einem Erfolg sprechen zu können.

Da die Unternehmer aber nicht daran denken, den Schiedsvertrag anzuerkennen, da ferner die Gewerkschaftsführung natürlich nicht gewillt ist, den Kampf mit allen zu Gebote stehenden Mitteln fortzuführen, um die Unternehmer zu besiegen, — so bleibt kein anderer Ausweg, als die hemmungslose Kapitulation.

Es wird weiterverhandelt, die Ausgesperrten müssen sich darauf gefaßt machen, daß ihnen in Kürze ein schändliches Abkommen ausgezogen werden soll.

## Die Vernunftfehle

### Reparation und Sozialdemokratie

„Der Stresemann hat von einer zu militärischen „Vernunftfehle“ gesprochen. Nach mir können die zu militärischen Vernunftfehlern nicht anders auftreten.“ (Berichts vom 23. November.)

Zu den entscheidenden jetzt zu lösenden Aufgaben des imperialistischen Wiederaufbaus gehört die Lösung der Reparationsfrage, d. h. die endgültige Festlegung der Summen, die die deutschen Imperialisten an die ausländischen Aufnehmer der Niederlage des deutschen Imperialismus im Kriege zu zahlen haben. Diese Reparationsregelung ist gegenwärtig die wichtigste Aufgabe des Koalitionskabinetts. Die Lösung dieser Aufgabe schafft erst die leichten Voraussetzungen für die Teilnahme des deutschen Imperialismus am kommenden Krieg.

Es ist nicht entschieden, ob diese Regelung jetzt schon gelingt; unter dem Druck der amerikanischen Gläubiger sind jedoch die imperialistischen Rivalen Deutschlands aus dem Weltkrieg, seine unmittelbaren Reparationsgläubiger gegenwärtig unter bestimmten Bedingungen zu Verhandlungen bereit, zu Verhandlungen, die gleichzeitig die festere Einbeziehung Deutschlands in den Kriegsbloß gegen die Sowjetunion zum Ziele haben. Aehnlich wie zur Zeit der Dawesierung Deutschlands wird ein sogenanntes Sachverständigenkomitee, d. h. ein Ausschuß von Vertretern derjenigen internationalen Banken, die die Hauptnutznießer der Reparationszahlungen sind, über die „deutsche Lebensfähigkeit“ beraten, dann einen Plan vorlegen und diesen Plan werden die Regierungen durchführen, sowie sie gezwungen waren, den provisorischen Plan der Dawesierung durchzuführen. Soviel steht jetzt fest, daß die Zahlungen, die „Deutschland“ endgültig zu leisten haben wird, mindestens zwischen 20 und 30 Milliarden festgelegt werden dürfen. Was das für die deutsche Arbeiterschaft bedeutet, kann sich jeder Arbeiter leicht ausrechnen.

bedeutet, daß von den 20 Millionen Proletariat in weitestem Sinne, das es in Deutschland gibt, jeder Einzelne allein für die Reparationsleistungen rund ein volles Jahr (das Jahr gerechnet zu dem Einkommen der niedrigste Bezahlten, die die größten Massen in Deutschland sind, zu 1000 bis 1500 Mark nämlich) wird unbezahlte Arbeit leisten müssen!

Anders ausgedrückt, wenn dieser Plan von den Arbeitern nicht verhindert wird, werden mindestens eine Generation ihre Lebenslage allein für die Reparationsverpflichtungen entsprechend verschlechtert sehen, und zwar, daß diese unbegahlt Jahreleistung auf 10 bis 20 Jahre verteilt geleistet wird, auf 10 bis 20 Jahre der Lebensstandard allein zur Leistung der Reparationen um 10 bis 5 Prozent herabgedrückt werden würde; der Lebensstandard, der bereits durch die erschweren Bedingungen der kapitalistischen Akkumulation in der gegenwärtigen Periode unter das Vorkriegsniveau herabgedrückt ist, würde noch mehr sinken.

Das ist die Perspektive des „günstigsten Falles“ der Reparationslösung, das ist die Perspektive dieses wichtigen Teiles der imperialistischen deutschen Außenpolitik und für diese Außenpolitik tritt die Sozialdemokratie mit ihrer ganzen Kraft ein.

In der Panzerkreuzerpolitik, in der Steuerfrage, in den unmittelbar den Massen überflächlicheren Kampfesfragen spielt und spielt sie in ihrer „Vernunftfehle“ die große Rolle. In der Außenpolitik dagegen tritt sie als aktiv in den vernünftigeren Beziehungen auf. Ihr Haben und Haben das Bild der „Verständigungspolitik“ zu verhindern. Sie sei seit jeher die Wegbereiterin Stresemanns.